

10./X. 1918

Handel, Industrie und Verkehr

Wien, 10. November

Zur Frage einer Osmarbank.

Von Emil Kraft,

Mitglied des Nationalrates.

Ueberstürzend, mit rasender Schnelligkeit zunehmend, treiben die politischen Verhältnisse neuen Umwandlungen zu. Die Auflösung der Monarchie kann nicht ohne die erschütterndste Einwirkung auf das ganze Finanz- und Geldwesen der sich neu bildenden Staaten bleiben. Vor allem wird jeder Staat sein selbständiges Geldwesen haben wollen. Dazu gehört eigene Notenbank, selbständige Wirtschaft in Steuer- und Gebührensachen und Zollangelegenheiten. Alle diese Dinge sind untereinander innig verflochten und noch mehr, geradezu verflochten mit der allgemeinen Volkswirtschaft, daß man im Rahmen eines Artikels nur einige Seiten herausgreifen kann.

Die Oesterreichisch-ungarische Bank funktioniert noch als allgemeine Notenbank von Staaten, die nicht mehr zusammengehören wollen, sie druckt Banknoten auf Grund von Schuldscheinen einer Zentralregierung, welche nicht mehr funktioniert und eigentlich niemand mehr zu vertreten beauftragt ist, die nur mehr eine Verlässlichkeit in Ordnung zu bringen hat. Die Bürger dieses Staates bekommen also Banknoten, die durch eine Gegenforderung der Bank an den nicht mehr bestehenden Oesterreichisch-ungarischen Staat gedeckt sind. Solange dieser Staat seine Steuern noch einbringen kann und diese Steuern in Banknoten der Oesterreichisch-ungarischen Bank bezahlt werden können, so lange bewahren diese Noten ihre allerdings stark verminderte Zahlkraft. Ernst wird die Sache dann, wenn ohne vorhergehende Vereinbarungen der Staaten untereinander, diese willkürlich und nur auf sich selbst losgelöst anfangen, ein finanzielles Eigenleben zu führen. Dann ist die Gefahr vorhanden, daß sie das volkswirtschaftliche Leben, nicht nur das der anderen Teilstaaten, sondern auch das ihre zerrütten.

Man spricht z. B. davon, daß die Tschechen bei der Entente ein Golddarlehen von 500 Millionen aufgenommen haben, welches achtmal überzeichnet wurde. Nehmen wir an, dies sei richtig und der tschecho-slowakische Staat würde damit seine eigene Notenbank begründen. Eine tschechische Staatsbank könnte dann bis 1500 Millionen Kronen oder Frank Banknoten ausgeben, nach einem gebräuchlichen Schlüssel, die zu einem Drittel mit Goldwerten, zu zwei Drittel mit kaufmännischen kurzfristigen Wechseln gedeckt sind. Nach Auffassung der jüngeren Schule könnte die Menge der auf Grund dieser Deckung emittierten Banknoten bedeutend größer sein. Doch die Menge der Zettel ist ja nicht die Hauptsache, sondern der Bedarf, die Sicherheit und Kaufkraft dieser neuen Banknoten und ihr Einfluß auf den Verkehr.

Diese Banknoten würden annähernd dieselbe Kaufkraft besitzen wie schweizerische Franken, holländische Gulden zc. und könnten auch zum Teile zum Voraussgleich der Zahlungsdifferenz zwischen Wareneinfuhr und Ausfuhr verwendet werden. Im Inlande, d. h. in Tschecho-Slowakien, würden sie sofort den Kurs des gemeinsamen Geldes drücken, d. h. man würde vielleicht für 25 bis 30 Frank oder Goldkronen tschechischen Geldes 100 Kronen des alten gemeinsamen Geldes geben. Wenn nun die tschechische Regierung ihr neues Geld allein zur Zahlung der Steuern berechtigt, so sinkt der Kurs noch mehr und die Krone muß auswandern dorthin, wo sie noch voll und ganz angenommen wird. Diese Auswanderung vollzieht sich aber zumeist nur durch Ankauf von Waren, d. h. es würden haltbare Waren aller Art, Aktien von Industrien, städtische Anlagepapiere zc. gesucht werden, die gemeinsamen Kronennoten pfeifen sich in den noch übrig bleibenden Ländern Deutsch-Oesterreichs zusammen und erzeugen einen weiteren Kurssturz, zugleich eine weitere Erhöhung der Warenpreise.

Daß dem Kurssturz der gemeinsamen Kronennoten die Kriegsanleihe folgt oder vorausgeht, welche auf dieses Wertzeichen lautet, ist wohl selbstverständlich. Nun haben aber die Tschechen und die anderen Bürger des gewesenen Staates Oesterreich-Ungarn gar kein Interesse, die Kronen und die Kriegsanleihe abgründlich zu stürzen. Die Tschechen und Slowenen, Polen, Italiener zc. dürften zusammen kaum 85 Prozent der Kriegsanleihe besitzen, da sie aber höchstwahrscheinlich nicht weniger verdient haben oder ihre landwirtschaftlichen und industriellen Produkte und Vorräte nicht schlechter verwertet haben als die Deutschen, so müssen sie prozentuell ihrer Produktionskraft nach in demselben Maße um so mehr Bargeld haben, in dem sie weniger Kriegsanleihe besitzen. Daß die genannten Völker durch Ankauf von Häusern in deutschen Gebieten, Industrieaktien zc. einen Teil des gemeinsamen Bargeldes, einige hundert Millionen, abgestoßen haben, ist im Verhältnis zu den 70 Milliarden Kriegsschuld nicht von ausschlaggebender Bedeutung.

Wird also das gemeinsame Notengeld noch weiter im Werte vermindert, so leiden die Vorschußklassen, Sparklassen, Versicherungsanstalten der Tschechen fast ebenso wie wir durch die Entwertung der Kriegsanleihen. Aber auch an dieser letzteren sind sie interessiert, da die meisten gemeinsamen Institute, wie z. B. die Pensionsanstalt der Privatangestellten, hunderte Millionen Reserven in Kriegsanleihe besitzen, so wie auch sie vielfach ihre Waisen- und Mündelgelder, Altersrenten usw. in diesen Wertpapieren angelegt haben.

Eines ist richtig; wenn die andern Völkerstaaten eigene Zettelbanken errichten, müssen wir es auch tun, daher sind alle Vorkehrungen zu treffen. Kredit werden wir als nutzlos, vielleicht dynastielos, daher in feinen Ausgaben sanierter Staat in neutralen Ländern bestimmt erhalten und den Apparat, die neue Bank, können wir uns sehr leicht beschaffen, wenn die Oesterreichisch-ungarische Bank, mit einer wirklich tüchtigen Leitung versehen, mit der Funktion der

Notenbank des neuen Staates betraut wird. Die Gefahr, daß dann neben den alten Kronennoten, die neue, vollwertige Währung rasch aufgesaugt wird und in den Kassen und Truhen verschwindet, ist jedenfalls vorhanden, obwohl vielleicht dieser Prozeß bei dem eingewurzelten Mißtrauen der Bauern gegen neues Geld, das nicht selbst Metall ist, in die Skalkulation gezogen werden muß.

Nach all den Erwägungen ist es daher klar, daß es für keinen der neuen Staaten vorteilhaft ein wird, eigene Wege zu gehen, eigene Zettelbanken zu gründen, bevor nicht über die schwebenden finanziellen Fragen eine bindende Auseinandersetzung getroffen wurde. Es wird Sache des Nationalrates sein, mit Energie und Eifer, mit Sachkenntnis und ohne bureaukratische Verzögerung dies Werk zu beginnen. Ein Anfang hierzu ist bisher noch nicht gemacht!